



458 27.6.2022

[BVG-Aktuell](#) / [Termine](#) / [Links](#) / [Themen](#)

KOMMENTAR

Dumm gelaufen

Die Behandlung der BVG 21-Reform im Ständerat hat die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Eine Anhäufung von Fehleinschätzungen und Peinlichkeiten.

Was hat er sich bloss gedacht, Ständerat Dittli? Ein Mann, der bisher nicht durch besonderes Interesse oder Einsatz für die 2. Säule aufgefallen wäre, lanciert in der Kommission ein Modell, ohne dessen Kosten zu kennen. Es findet eine knappe Mehrheit von 7:6 dank den Stimmen von FDP, SP und Grün. Dagegen sind die je drei Vertreter von SVP und Mitte. Die Lösung ist nicht finanzierbar und sozialpolitisch ein Rohrkrepierer.

Das wird auch den FDP-Ständeräten klar, die kurz vor der Debatte versuchen, mit einer rasch zusammengeschusterten, neuen Lösung dem Rat eine Billigvariante unterzujubeln. Sie ist das Produkt einer kurzfristig einberufenen ad-hoc Gruppe mit Vertretern diverser Provenienz. Dittli muss den neuen Vorschlag selbst vorstellen, weil sich sonst niemand dafür hergeben will.

Das ist nun aber auch verfahrenstechnisch so missraten, dass der Rückweisungsantrag Chassot schlank durchgeht. Die Eintretensdebatte reduziert sich zum formellen Geplänkel mit dem Ablesen der vorbereiteten Statements. Die Vorlage wird an die Kommission zurückgewiesen und die Detailberatung des Geschäfts aufgeschoben.

Damit geht eine Sessionsperiode verloren. Der Ständerat wird sich in der Herbstsession wieder damit befassen, die SGK-S bereits in dieser Woche. Rein technisch wäre es möglich, das Geschäft noch im laufenden Jahr zu verabschieden, was aber einen Sondereffort erfordern würde. Andernfalls geschieht genau das, was man verhindern wollte: die Beratung der Reform in einem Wahljahr.

Vorderhand steht man vor einem Scherbenhaufen, mit einem veritablen Reputationsschaden auf Seite der FDP. Es ist schwer nachvollziehbar, was sich Dittli und Co. erhofft haben. SVP und Mitte sind düpiert, SP und Grüne amüsieren sich über das bürgerliche Schlamassel und klagen wortreich über das angerichtete «Chaos», für das aber auch sie Verantwortung tragen, schliesslich haben sie dem FDP-Modell in der Kommission ihren Segen gegeben.

Zur Ablenkung aktivieren sie ihre Standard-Argumentation aus der untersten Schublade und beklagen wortreich den Einfluss der Finanzindustrie und ihrer Lobby, welche wieder einmal die Finger im Spiel habe - was an dieser Stelle intellektuell noch dürftiger ist als sonst. Ansonsten propagieren sie weiterhin den «Kompromiss», der aber gescheitert ist und an der

Urne sowieso keine Chance hätte. Im Falle der SP, einer Partei, für die Sozialpolitik im Zentrum steht, ein Armutszeugnis.

Keine glückliche Figur macht auch der Arbeitgeberverband, der sich mit dem Gewerkschaftsbund auf den Kompromiss eingelassen hat und jetzt aus der Mesalliance nicht mehr loskommt. Das heisst, er hätte es mit etwas rhetorischem Geschick – an dem es ihm sonst nicht fehlt – schon vor geraumer Zeit tun können, hat aber jede sich bietende Gelegenheit präzise verpasst. So bleibt ihm die Rolle des Zaungasts, der das Geschehen auf dem Spielfeld mit Buhrufen verfolgt, ohne an den Ball zu kommen.

Die Verpolitisierung der 2. Säule hat damit einen Höhepunkt erreicht. Würden trotz aller Widrigkeiten die Pensionskassen nicht einen so guten Job machen, hätte man sie schon längst abschreiben müssen. Man fragt sich, wie lange das noch gut geht.

Peter Wirth, [E-Mail](#)



In Form – informiert 2022

Die jährliche Weiterbildung für Stiftungsräte: 2 Tage Ausbildung,
Diskussionen und Austausch zu Führungsfragen in der 2. Säule

20. und 21. September 2022,
Brunnen

Jährlich
neue aktuelle
Modulthemen

 vps.epas

AKTUELL

BVG 21 im Ständerat, Rückweisung der Vorlage an die Kommission

15. Juni 2022



Josef Dittli bei der Erklärung seines Einzelantrags

Isabelle Chassot begründet ihren Antrag auf Rückweisung der Vorlage an die Kommission:

Antrag Chassot

Rückweisung der Vorlage an die Kommission mit dem Auftrag, den Antrag Dittli, insbesondere die Auswirkungen auf den Kreis der Begünstigten und auf die Finanzierung des Zuschlags zur Altersrente, zu analysieren und mit den in der Kommission bereits beratenen Mehrheits- und Minderheitsanträgen zu vergleichen.

SR Dittli begründet seinen Einzelantrag, dessen Details erst kurz vor Sitzungsbeginn bekannt wurden. Er bezieht sich ausschliesslich auf die Kompensation für die Uebergangsgeneration. Die Vorlage der SGK-S hat nach seiner Meinung im Rat keine Chance. Es gelte auch, gegenüber der nicht problemlosen Lösung des Nationalrats eine Differenz zu schaffen. Sein Antrag sei parteiübergreifend diskutiert und mit dem BSV durchgerechnet worden. Die Kosten betragen 11,9 Mrd. Franken,

Der Rückweisungsantrag Chassot wird mit 28 gegen 15 Stimmen angenommen.

 [Parlament](#) / [Ratsprotokoll](#) / [Video der Debatte](#)

“PK-Reform nach Dittli-Coup in Zusatzschlaufe”

16. Juni 2022



(sda) Nach einem veritablen Coup des Urner FDP-Ständerats Josef Dittli geht die Reform der beruflichen Vorsorge (BVG) in eine Zusatzschlaufe. Der Ständerat hat einen Rückweisungsantrag angenommen und das Paket erneut in die Kommission zurückgeschickt. Diese soll einen Kompromissvorschlag Dittlis zur Kompensation der Übergangsgeneration prüfen.

 [Bundesversammlung](#)

PK-Verband sieht sich bestätigt

15. Juni 2022



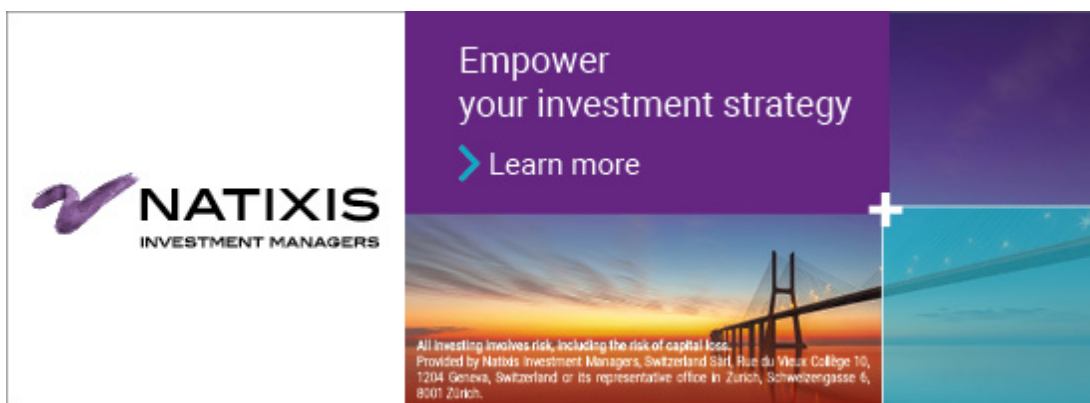
Der Ständerat hat nach der mehrstündigen Eintretensdebatte die Vorlage an seine Kommission zurückgewiesen. Der Pensionskassenverband betont in einer Mitteilung die Vorteile der von ihm entwickelten Mittelweg-Lösung und empfiehlt den Ständeräten, sich an der Nationalratslösung zu orientieren:

"Mit allen anderen Vorschlägen wird weiterhin Geld nach dem Giesskannenprinzip verteilt, welches auch zukünftigen Rentnern zugutekommt, die von der Reform gar nicht betroffen sind und dementsprechend gar keine Einbussen zu befürchten hätten. Auch die neu

vorgeschlagene Ausdehnung des Bezückerkreises eines Rentenzuschlages ist nicht zielführend.

Im Vergleich zum Vorschlag des Nationalrates führen alle diese Modelle immer noch zu massiv höheren Mehrkosten. Mittelweg/ ASIP sprechen sich gegen einen Leistungsausbau mit der Folge einer massiven Zunahme der Umverteilung von Jung zu alt aus, welche die KMU und jüngere Generationen noch stärker belasten werden."

 [Mitteilung ASIP](#)



NZZ: “Der Ständerat patzt”

15. Juni 2022



Fabian Schäfer schreibt in der NZZ: “Die Reform der beruflichen Vorsorge ist wacklig unterwegs. Am Mittwoch wollten die FDP-Wortführer mit einem kurzfristig lancierten Antrag frühere Fehler korrigieren. Das ging schief. Doch der Versuch zeigt, wohin die Reise gehen dürfte.”

Der erste Versuch ist sehr «speziell» verlaufen, wie in manchen Voten zu hören war. Das lag primär an den FDP-Vertretern. Für den schwierigsten Teil der Reform haben sie in der Kommission zusammen mit SP und Grünen einen neuen Vorschlag beschlossen. Dieser wäre wesentlich teurer als die Variante, die das bürgerliche Lager im Nationalrat beschlossen hat. Es geht in diesem Punkt um die lebenslangen Rentenzuschläge von bis zu 2400 Franken im Jahr, welche die Neurentner der nächsten 15 oder 20 Jahre erhalten sollen.

In der Variante des Nationalrats bekommt etwa jeder dritte Versicherte einen Rentenzuschlag. Die Kosten betragen gesamthaft 9 Milliarden Franken. Der neue Vorschlag würde nun aber Kosten von 25 Milliarden nach sich ziehen. 88 Prozent der Neurentner erhielten einen Zuschlag.

Das ging dann selbst dem Urheber des Vorschlags, dem FDP-Ständerat Josef Dittli, zu weit. [Er hatte bereits im Vorfeld durchblicken lassen, dass ihm bei der Sache nicht mehr ganz geheuer war.](#) Nun sah er sich zu einer ungewöhnlichen Aktion veranlasst, die ihm vor allem von links Kritik

einbrachte: Am Dienstag – wenige Stunden vor der Debatte im Ständerat – reichte Dittli selber einen neuen Antrag ein, mit dem er nunmehr eine ganz andere Variante für die Rentenzuschläge vorschlug. Somit stand der neue Antrag Dittli dem früheren Antrag Dittli gegenüber; diesen konnte er nicht mehr zurückziehen, weil er in der Kommission angenommen worden war.

[Weiterlesen »](#)

Beratung heisst Umsetzung

Pension Services AG

www.slps.ch



Arbeitgeber bedauern Verzögerung

15. Juni 2022

Der Arbeitgeberverband schreibt zur Behandlung der BVG-Revision im Ständerat:

Mit seinem Entscheid, die Reform der beruflichen Vorsorge zur erneuten Beratung an die sozialpolitische Kommission zurückzuweisen, sorgt der Ständerat für Verzug bei einem der wichtigsten Geschäfte der laufenden Legislatur. Das steht in deutlichem Widerspruch zu den Voten, die im Rahmen der Eintretensdebatte praktisch unisono zu hören waren: Die Reform sei trotz – oder gerade wegen – der Veränderungen an der Zinsfront und der anziehenden Inflation von grosser Dringlichkeit.

Auch wenn erst kurz vor der Behandlung des Geschäfts offenbar noch komplexe und umfassende Anträge eingegangen sind, die für eine seriöse Beratung Zeit benötigen, bedauern die Arbeitgeber den nun entstehenden Unterbruch sehr. Gerade mit Blick auf die hohe Bedeutung der Altersvorsorge, die praktisch bei jedem Sorgenbarometer auf den vordersten Rängen auftaucht, wäre ein zügiges Vorgehen wichtig gewesen.

Darüber kann auch die AHV-Abstimmung im September nicht hinwegtäuschen, fehlt dann eben diese zweite Säule. Mit den jüngsten Beschlüssen ist auch fraglich, ob die Vorlage überhaupt noch vor den Wahlen fertig beraten und durch eine wahrscheinlich notwendige Volksabstimmung gebracht werden kann.

[Weiterlesen »](#)

Blick: “Ständerat versinkt im Renten-Chaos”

15. Juni 2022

Der Blick schreibt zu den sehr ungewöhnlichen Vorgängen zur Behandlung der BVG 21-Reform im Ständerat, nachdem den Schöpfern der Mehrheitslösung in der Kommission klar wurde, dass die Vorlage im Rat keine Chance hat.

Zwar liegen verschiedene Varianten auf dem Tisch, doch so richtig überzeugen mag bisher kein. Der Sozialpartner-Kompromiss von Arbeitgeberverband und Gewerkschaften ist den Bürgerlichen des Teufels. Der vom Nationalrat beschlossene Rentenausgleich ist eine Schmalspurvariante, welche in einer Volksabstimmung akut absturzgefährdet ist.

Die ständerätliche Sozialkommission zimmerte deshalb einen eigenen Vorschlag, der sich aber als zu teuer herausstellte. Schliesslich wurde in den letzten Tagen eine neue Lösung aus dem Boden gestampft, welche FDP-Ständerat Josef Dittli (UR) kurzfristig als Einzelantrag einbrachte. Er basiert auf dem Nationalratsmodell, soll aber etwas mehr kosten – rund 12 statt 9 Milliarden Franken.

[Weiterlesen »](#)

“Unwürdiges BVG-Chaos im Ständerat”

15. Juni 2022



Der Gewerkschaftsbund schreibt in seiner Medienmitteilung zur Behandlung der BVG-Revision im Ständerat:

Die heutige Ständeratsdebatte zur BVG-Reform hat gezeigt: Die von den Bürgerlichen geprägten Diskussionen stecken im Chaos fest. Doch weiterhin droht in der Reform der 2. Säule ein drastischer Rentenabbau. Und es wird immer deutlicher, dass den *Frauen* medial zwar das Blaue vom Himmel herab versprochen wurde. Doch sobald es konkret wird, sind der Mehrheit selbst die ungenügenden Leistungsverbesserungen zu viel, welche die Kommission noch vor einem Monat vorgeschlagen hatte.

Mit der heutigen Rückweisung des Geschäfts sind sie definitiv vom Tisch. Der bürgerliche Plan, kurz vor der Abstimmung über AHV 21 im BVG für die Frauen eine Scheinlösung zu beschliessen, um sie nach der Abstimmung wieder rückgängig zu machen, ist damit gescheitert. Doch die Frauen stehen in der Rentenfrage weiterhin mit leeren Händen da.





“Total verärgert”

18. Juni 2022

Markus Brotschi entwickelt im Tages-Anzeiger ausnahmesweise Mitgefühl für bürgerliche Politikerinnen. Es geht um die Rechtskehr im Ständerat bei der Vorlage für die BVG-Revision. Die Politikerinnen hätten jetzt eine “Wut”, weil die Kommissionsvorlage zurückgewiesen wurde, was die AHV-Abstimmung im Herbst gefährde. Brotschi schreibt:

FDP-Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher ärgert sich über den Ständeratsentscheid. Sie gehört einer bürgerlichen Frauenallianz aus FDP, Mitte und GLP an, die für die AHV-Reform (AHV 21) kämpft. «Wir sind fest davon ausgegangen, dass bis zur Volksabstimmung eine gute Lösung vorliegt, mit der die Absicherung der Frauen in der zweiten Säule verbessert wird. Jetzt hat uns der Ständerat mit seiner Rückweisung Sand ins Getriebe gestreut.» Für die Linke sei dies ein Geschenk. Sie könne nun im Abstimmungskampf ihr Narrativ einsetzen.

Die AHV-Reform (AHV-21), über die am 25. September abgestimmt wird, erhöht das Rentenalter der Frauen von 64 auf 65. Eine Übergangsgeneration von neun Jahrgängen erhält als Gegenleistung Rentenzuschläge, von denen Frauen mit tiefen Einkommen mehr profitieren als jene mit mittleren und hohen Löhnen. Die monatlichen lebenslangen Rentenzuschläge betragen 160 Franken für tiefe Einkommen, 100 Franken für mittlere und 50 Franken für höhere Einkommen.

[Weiterlesen »](#)

“Überkompensation findet keine Mehrheit beim Volk”

17. Juni 2022



Andri Silberschmidt

Nationalrat Andri Silberschmidt hat dem Nebenspalter ein Interview zu Fragen von AHV- und BVG-Reform gegeben. Auszüge:

Das Parlament hat auch die Reform der beruflichen Vorsorge angepackt. Welche Bedeutung kommt der laufenden BVG-Reform bei der Sicherung der Altersvorsorge zu?

Für mich sind es zwei verschiedene paar Schuhe. Das BVG hat ein ganz anders Problem, wie die AHV. Bei vom BVG ist das Problem die Über- oder Falschregulierung, also eigentlich ein Versagen der Politik. Diese Fehler des BVG müssen angepasst werden. Die Linken vermischen diese Themen aber gerne, weil sie so die eine Säule gegen die andere ausspielen können. Das verwundert nicht.

Die Linken wollen auch nur noch die AHV und würden das BVG am liebsten abschaffen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht Opfer werden dieser Taktik. Das BVG soll in aller Ruhe saniert und nach dem Kapitaldeckungsprinzip reformiert werden. Wir sollten nicht damit anfangen, eine neue Umverteilung auch noch im BVG einzuführen.

Die Vorlage sieht vor, den Umwandlungssatz im BVG von 6,8 auf 6,0 Prozent zu senken? Warum braucht es diese Senkung?

Es braucht diese Senkung vom Umwandlungssatz, weil man heute zu hohe Renten auszahlt. Das bedeutet, dass die Betroffenen mehr Geld erhalten, als sie ursprünglich einbezahlt haben. Das ist aber nicht die Idee des BVG. Diese ist, dass man sich selbst Kapital anspart, welches man dann durch die Rente wieder erhält. Heute erhalten die Rentner, welche einen Umwandlungssatz von 6.8 Prozent haben, aber auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung einen Überschuss.

[Weiterlesen »](#)

MEDIEN

Über 2100 Besucher an der Fachmesse 2. Säule

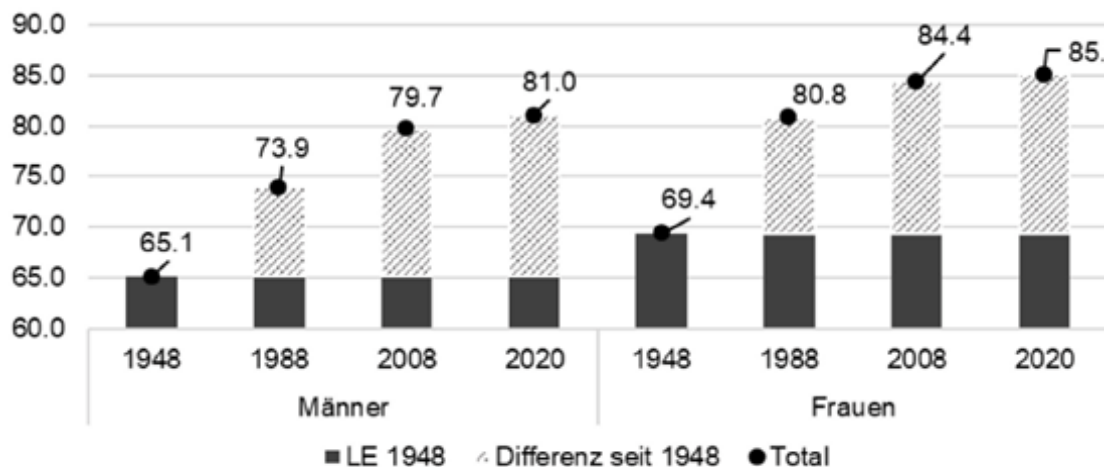
15. Juni 2022

vps. Am 8. und 9. Juni 2022 fand die Fachmesse 2. Säule in Zürich statt. Während der zwei Messetage besuchten 2131 Besucherinnen und Besucher die Messe und verfolgten das Vorsorge-Symposium (2021: 2154). Etwas mehr als die Hälfte der Gesamtbesucherzahl konnte am ersten Messetag verzeichnet werden, 48.6% am zweiten Tag. Die Verweildauer betrug durchschnittlich 4:33 Stunden. Die nächste Fachmesse 2. Säule mit Vorsorge-Symposium findet am 14./15. Juni 2023 in Zürich statt.

Bundesrat drückt sich vor der Renteninitiative

22. Juni 2022

Grafik 1: Lebenserwartung bei der Geburt und Anstieg seit 1948
Schweizer Bevölkerung



Quelle: BFS, Lebenserwartung nach Alter

BSV. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)». An seiner Sitzung vom 22. Juni 2022 hat er dem Parlament die Botschaft dazu unterbreitet. Eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung berücksichtigt weder die sozialpolitische noch die arbeitsmarktliche Situation. Der Bundesrat setzt auf die laufenden Reformen zur Altersvorsorge, um das Leistungsniveau der AHV und der obligatorischen beruflichen Vorsorge zu erhalten und das finanzielle Gleichgewicht der ersten und zweiten Säule zu sichern.

Hansueli Schöchli kommentiert in der NZZ:

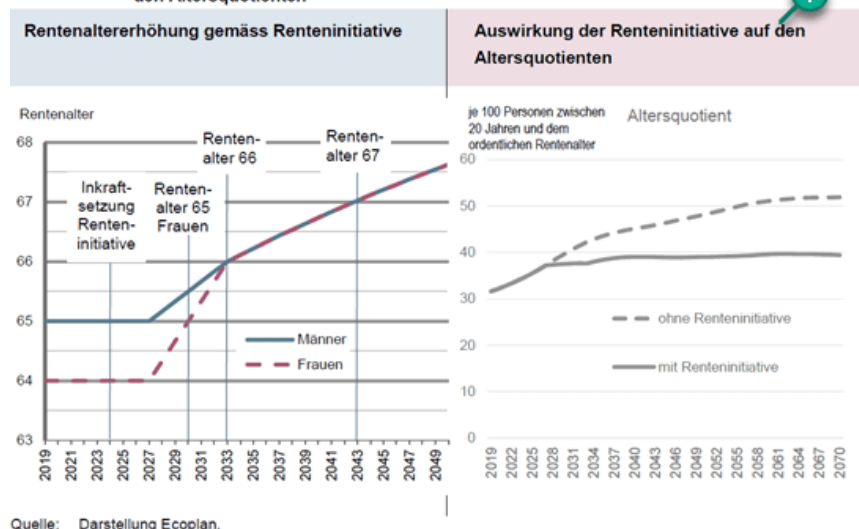
Der Bundesrat hat sich mit der Initiative spürbar schwergetan. Es war das erste Mal, dass er sich vertieft mit dem unpopulären Thema befassen musste. Im bürgerlichen Lager bestand die Hoffnung, dass er auf die Forderung eingehen und einen Gegenvorschlag präsentieren würde. Dass der für das Dossier zuständige Bundesrat, der Sozialdemokrat Alain Berset, daran kein Interesse hatte, liegt auf der Hand: einerseits aus parteipolitischen Gründen, andererseits, weil er die Vorlage «AHV 21» nicht gefährden will.

Seine bürgerlichen Kollegen hätten Berset jedoch zwingen können, einen Gegenvorschlag aufzusetzen. Es bestätigte sich indes die Regel, dass man sich in der Kollegialregierung nur ungern gegenseitig in die Parade fährt – in der heutigen Zusammensetzung ganz besonders. Das bürgerliche Quintett liess Berset gewähren. Am Freitag hat das Gremium definitiv beschlossen, die Initiative ohne Gegenvorschlag an das Parlament zu überweisen und zur Ablehnung zu empfehlen.

Renteninitiative und Arbeitsmarkt

22. Juni 2022

Abbildung 1: Erhöhung des ordentlichen Rentenalters gemäss Renteninitiative und Auswirkungen auf den Altersquotienten



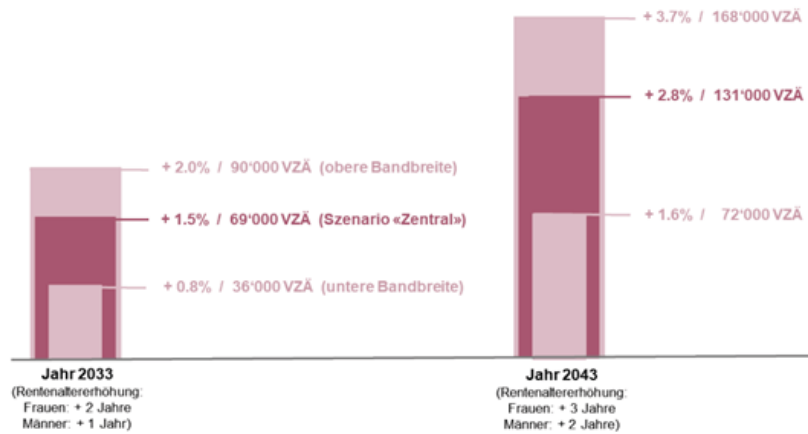
Die von den Jungfreisinnigen lancierte Renteninitiative mit der Forderung nach Erhöhung des Rentenalters auf 66/66 Jahre mit weiterer Anpassung an die Entwicklung der Lebenserwartung stösst auf ebenso grosse Unterstützung wie Gegnerschaft. Eine vom BSV in Auftrag gegebene Studie der Ecoplan untersucht die Folgen auf den Arbeitsmarkt. In der Einleitung heisst es dazu:

Wird länger gearbeitet, wenn das ordentliche Rentenalter erhöht wird? Von der vergangenen schrittweise Anhebung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 in den Jahren 2001 und 2005 wissen wir, dass in erster Linie die Arbeitsmarktpartizipation und in geringerem Masse auch der Beschäftigungsgrad der 62- bzw. 63-jährigen Frauen zugenommen haben.

Die ökonomische Studie von Lalive, Staubli (2015) schätzte, dass die Anhebung des ordentlichen Rentenalters der Frauen um ein Jahr dazu geführt hat, dass sich der Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt um 7.9 Monate (bzw. 0.66 Jahre) und den Rentenbezug um etwa 6.6 Monate (bzw. 0.55 Jahre) verzögert hat. Im Vergleich mit anderen, ausländischen Studien zeigte sich damit für die Schweiz eine hohe Beschäftigungswirkung als Reaktion auf die Rentenaltererhöhung.

Inwieweit die Wirkungen der vergangenen Rentenaltererhöhung der Frauen auf deren Arbeitsmarktpartizipation auf die künftige Rentenaltererhöhung für Männer und Frauen aufgrund der Renteninitiative übertragbar ist, liegt nicht klar auf der Hand: Die individuellen Präferenzen in Bezug auf Arbeit und Freizeit und der Arbeitsmarkt ändern sich – die künftige Situation ist also nicht mehr direkt vergleichbar mit der vergangenen Situation bei den Frauenrentenaltererhöhungen.

Abbildung 3: Zunahme der Erwerbsbevölkerung in Vollzeitäquivalenten aufgrund der Renteninitiative



Quelle: Berechnungen Ecoplan.

Aufgrund der Unsicherheiten in Bezug auf die künftige Entwicklung wurden fünf verschiedene Szenarien gebildet. Mit Hilfe dieser Szenarien wurde abgeschätzt, wie stark die Erwerbsbevölkerung aufgrund der Renteninitiative im Vergleich mit dem Referenzszenario (A-00-2020) des Bundesamts für Statistik (BFS) zunehmen würde. Die Abbildung 3 fasst die aus heutiger Sicht wahrscheinlichste Schätzung (Szenario «Zentral», dunkelrot) und die aus den vier anderen Szenarien resultierten Bandbreiten der Auswirkungen der Renteninitiative auf die Erwerbsbevölkerung zusammen.

 [Download Studie](#)

KAPITALANLAGEN

Grosse Kassen mit steigenden Vermögensverwaltungskosten

23. Juni 2022

1425 Vorsorgeeinrichtungen halten total 1222 Milliarden Franken.

Grösse	Anzahl Vorsorgeeinrichtungen	Bilanzsumme in Franken
Unter 50 Mio.	450	9 Mrd.
50 bis 100 Mio.	201	15 Mrd.
100 bis 500 Mio.	470	108 Mrd.
500 bis 1000 Mio.	106	75 Mrd.
1000 bis 5000 Mio.	147	315 Mrd.
Über 5000 Mio.	51	700 Mrd.
Total	1425	1222 Mrd.

Quelle: OAK BV

Daniel Zulauf befasst sich in den AZ-Medien ausführlich mit einem Ergebnis der diesjährigen Swisscanto-Studie. Es geht um den festgestellten Anstieg der Vermögensverwaltungskosten, der insbesondere die grossen Pensionskassen betrifft. In der Kurzfassung heisst es:

Der brisante Hinweis ist gut versteckt, auf der allerletzten Seite der neusten, 78 Seiten dicken Pensionskassenstudie der Vorsorgespezialistin Swisscanto: Hier wird die Entwicklung der Verwaltungskosten thematisiert – respektive deren Anstieg. Dieser sei «besonders auffällig bei den grössten Einrichtungen mit einem Vermögen von über 10 Milliarden Franken», heisst es da. Seit 2019 sei bei diesen Kassen eine Erhöhung von gut einem Viertel respektive 27 Prozent festzustellen – von durchschnittlich 831 auf 1058 Franken pro Versicherten.

Der Befund sei «überraschend » und rufe nach einer «vertieften Analyse», hält Swisscanto fest. Eine Erklärung für den Kostenschub könnten gemäss von dieser Zeitung befragten Vorsorgespezialisten die gestiegenen Investitionen der Vorsorgeeinrichtungen in sogenannte Privatmarktanlagen sein, die 2021 eine hohe Aufwertung erfahren haben. Denn solche Anlagen in nicht börsengehandelte Aktien und Zinspapiere sehen hohe Performancebeteiligungen für die Produkthanbieter vor.

Ein Befund mit politischem Zündstoff Klar ist schon heute: Der Befund birgt politischen Zündstoff – insbesondere jetzt, da sich das Parlament mit mässigem Erfolg an einer Reform bei der beruflichen Vorsorge abarbeitet. Nach diesem Kostenschub dürften die schon in der Vergangenheit kritisierten Verwaltungskosten wieder in den Fokus rücken. (chm)

 [Swisscanto-Studie](#)

VERBÄNDE und DIENSTLEISTER

ASIP-Präsident Roth: Themen auf dem Radar

24. Juni 2022



Martin Roth

Die Handelszeitung hat mit dem kürzlich neugewählten Präsidenten Martin Roth ein Interview geführt. Auszüge:

Im Mai sind Sie von den ASIP-Mitgliedern neu als Präsident gewählt worden. Was war Ihre Motivation, dieses Amt zu übernehmen?

Ich sehe es als grosse Ehre und Vertrauensbeweis, dass ich als Präsident diesen Verband leiten darf. Der Vorschlag des Wahlausschusses, als Präsident zu kandidieren, kam für mich zunächst allerdings überraschend, weil ich erst seit 2021 im ASIP-Vorstand tätig bin. Die Aufgabe hat mich gereizt, weil ich schon seit fast 20 Jahren mit Themen der beruflichen Vorsorge beschäftigt bin und extrem viel Herzblut für die zweite Säule habe.

Was haben Sie sich im neuen Amt vorgenommen?

Aktuell steht die politische Auseinandersetzung um die Reform der beruflichen Vorsorge (BVG) stark im Fokus. Das ist auch für den ASIP und meine Präsidentschaft ein grosses Thema. Wir sind uns im Verband alle einig, dass es eine BVG-Reform braucht. Aber zum aktuellen Vorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates sind schon noch gewisse Korrekturen im Sinne des deutlichen Beschlusses des Nationalrates

erforderlich. Wir hoffen, dass die Politik eine BVG-Reform zustande bringt, die wir unterstützen können als ASIP.

Wo wollen Sie Impulse setzen bei der Digitalisierung?

Im Moment ist der Datenschutz bei allen Kassen ein grosses Thema. Als ASIP arbeiten wir an Empfehlungen, wie unsere Mitglieder damit umgehen können. Noch sind allerdings etliche Punkte im geplanten Gesetz offen, die juristisch abgeklärt werden müssen.

Themen wie ein automatisierter Datenaustausch über eine gemeinsame Schnittstelle haben wir auf dem Radar. Aber ich bin auch Realist. Das Thema Digitalisierung wird uns die nächsten Jahrzehnte kontinuierlich beschäftigen. Und ich bin vorerst für drei Jahre gewählt.

Meine Vision ist, dass Versicherte künftig online einen Gesamtüberblick über verschiedene Säulen ihrer Altersvorsorge erhalten können. Eine gemeinsame Plattform aller Vorsorgeeinrichtungen wäre dazu sehr hilfreich, aber ist extrem schwierig zu realisieren. Ich würde sagen: Das ist ein Projekt für ASIP 2040.

 [Handelszeitung / ASIP](#)

GV der Fachschule für Personalvorsorge

23. Juni 2022

vps.epas. Urs Fischer, Verwaltungsratspräsident der Fachschule für Personalvorsorge, zeigte sich erfreut, dass die Ausbildungsveranstaltungen nun wieder im Präsenzunterricht durchgeführt werden können. Im vergangenen Jahr wurde die neue Prüfungsordnung über die höhere Fachprüfung für Pensionskassenleiterinnen bzw. -leiter vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation genehmigt. Gestützt darauf beinhaltet die neu konzipierte Diplomausbildung die drei Fachgebiete «Führungskompetenz und Kommunikation», «Geschäftsführung» sowie «Anlageprozess und Wirtschaft».

Der neue Diplomlehrgang beinhaltet 29 Ausbildungstage innerhalb einer Ausbildungszeit von 1 ½ Jahren. In diesem Frühling ist bereits der zweite Diplomlehrgang mit dem neuen Lehrplan gestartet. Ob künftig die Nachfrage so gross sein wird, dass man jährlich mit einem neuen Kurs startet, oder wie ursprünglich geplant alle zwei Jahre, wird sich noch zeigen. Abgeschlossen haben im vergangenen Jahr 13 Absolventinnen und Absolventen den Diplomlehrgang.

Die Diplomarbeit von Ricardo Garcia zum Thema ESG-Strategien für Pensionskassen ist von der Stiftung Eigenverantwortung ausgezeichnet worden. Überarbeitet wurde auch die Fachausbildung, wobei die Anpassungen nicht so tiefgreifend sind wie bei der Diplomausbildung. Eine grundlegende Änderung werden künftige Absolventen der Fachschule in Bezug auf das Unterrichtsmaterial erleben: Die berühmte (berühmte) gelbe Ordner gibt es nicht mehr. Sämtliche Unterlagen werden digital zugestellt.

 [Fachschule](#)

Was können sich Pensionierte leisten?

24. Juni 2022

Vergleich mit vor der Pensionierung:




Swiss Life hat eine Studie zu den finanziellen Verhältnissen der Rentner in der Schweiz publiziert. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Wie verwenden Pensionierte die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel? Der mit Blick auf die Ausgabenstruktur grösste Unterschied zur Altersgruppe nahe bei der Pensionierung (50 bis 61 Jahre) findet sich bei der Sparquote und den Sozialversicherungsabgaben inkl. Steuern. Diese beiden Budgetposten liegen im Rentenalter deutlich tiefer und kompensieren einen beträchtlichen Teil des mit der Pensionierung einhergehenden Bruttoeinkommensrückgangs.
- Die übrigen Ausgaben zusammen liegen bei 65- bis 74-jährigen Paaren und Alleinstehenden knapp ein Zehntel unter jenen der Altersgruppe 50 bis 61. Im Durchschnitt geben Haushalte im frühen Rentenalter nach Steuern, Sozialversicherungsabgaben und Sparbeträgen insgesamt also nur leicht weniger Geld aus als jene kurz vor der Pensionierung.
- Trotzdem unterscheidet sich die Ausgabenstruktur vor und nach dem Rentenalter teils erheblich. Gesundheitsausgaben sind im Alter 65 bis 74 in Einpersonenhaushalten durchschnittlich etwa ein Viertel und in Paarhaushalten ein Drittel höher als in der Altersgruppe 50 bis 61. Die Wohnkosten liegen in Paarhaushalten zwischen 65 und 74 durchschnittlich rund ein Fünftel tiefer als vor dem Rentenalter.

[Weiterlesen »](#)

Unterschätzte Kosten im Ruhestand

24. Juni 2022

NZZ. Die Lebenshaltungskosten von Pensionierten liegen im Allgemeinen bei 70 bis 90 Prozent der vorherigen Ausgaben. In Zeiten höherer Inflation und steigender Lebenserwartung ist eine genaue Planung sehr wichtig – am besten mit einem Budget.  [NZZ](#)

Streit um Teilzeit-Akademiker

16. Juni 2022

Katharina Fontana greift in einem Kommentar die Diskussion nach dem Interview mit der Historikerin Andrea Franc auf, welche insbesondere in progressiven Kreisen aber auch darüber hinaus in Empörung und Wehklagen ausuferte. Mit Bezug auf die Einkommenssituation vieler Studenten der Geisteswissenschaften nach Studienabschluss schreibt Fontana:

Fünf Jahre nach Abschluss arbeiten Geisteswissenschaftler noch immer signifikant häufiger Teilzeit als andere Universitätsabgänger, gut 55 Prozent sind es, und das im Alter von 30 bis 35 Jahren. Nur jeder Zehnte würde gerne mehr arbeiten. Rund 40 Prozent begründen die Teilzeitarbeit mit dem Wunsch nach mehr Zeit für persönliche Interessen.

Sicher, Selbstverwirklichung ist eine schöne Sache. Doch wenn die hochqualifizierten Akademiker der Allgemeinheit später wenig zurückgeben und aufgrund ihres tiefen Einkommens kaum Steuern und Sozialabgaben bezahlen, geht die Rechnung nicht auf. Das Geld, das die Gesellschaft in ihre Ausbildung investiert, wirft zu wenig Rendite ab.

Wer diese Fehlentwicklung benennt, hat kein «brutales Menschenbild», wie [der Dekan der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Luzern meint](#), sondern ist ganz einfach nüchterner Realist. Würden pro Jahr ein paar hundert Absolventen die Universität als Geisteswissenschaftler verlassen, wäre das kein Thema. Doch es handelt sich um die mit Abstand grösste Studentengruppe überhaupt, und damit bilden sie eine relevante Grösse.

[Weiterlesen »](#)

Stimmungsbild vom Zürisee

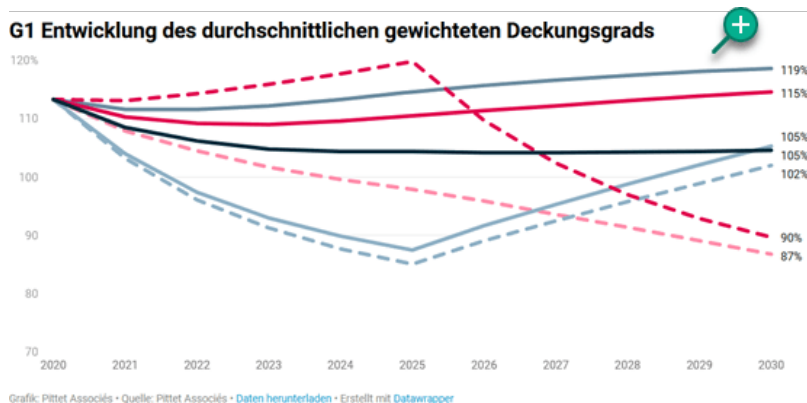
15. Juni 2022



STUDIEN - LITERATUR

Folgen von Tiefzinsperioden auf die berufliche Vorsorge

22. Juni 2022



CHSS berichtet über die Erkenntnisse der Studie «Effets d’une longue période de faibles taux d’intérêt sur la prévoyance professionnelle» und stellt dazu fest:

Ein wichtiger Teil der Finanzperformance der vergangenen Jahre ist auf ausserordentliche Kapitalerträge aufgrund der tiefen Zinsen zurückzuführen, die wiederum ein Ergebnis der äusserst vorteilhaften Geldpolitik sind. Ein Ende dieser Geldpolitik und ein Zinsanstieg hätten tiefere Bewertungen zur Folge und würden die erwartete künftige Performance deutlich senken.

In Bezug auf die Vorsorgeleistungen konnten die Vorsorgeeinrichtungen die Versicherten seit 1985 von Zinsgutschriften profitieren lassen, die im Durchschnitt über dem gesetzlichen BVG-Mindestzinssatz lagen. Zudem waren die Zinsgutschriften auch höher als die nominale Lohnerhöhung (zwischen 1985 und 2020: durchschnittlich 1,5 Prozentpunkte darüber). Damit lagen die Leistungen dank Kapitaldeckungsverfahren und drittem Beitragszahler über dem Niveau zum Erhalt der Kaufkraft der Versicherten und über der goldenen Regel, wonach Zinsgutschriften auf Altersguthaben der nominalen Lohnerhöhung entsprechen sollen.

[Weiterlesen »](#)

STATISTIK

Erwerbstätigenstatistik 2022

16. Juni 2022

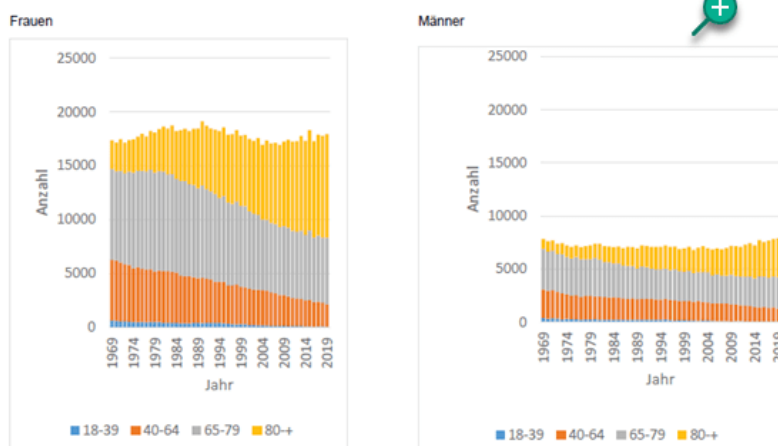
BFS. Die Erwerbstätigenstatistik (ETS) liefert wichtige strukturorientierte und konjunkturelle Daten zur Arbeitsmarktbeobachtung. Erfasst werden die im schweizerischen Wirtschaftsgebiet erwerbstätigen Personen. Als erwerbstätig gelten alle Personen, die im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung während mindestens einer Stunde pro Woche einer produktiven Arbeit nachgehen. Die ETS wurde 1977 geschaffen. Globaldaten gehen bis 1948 zurück, detailliertere Daten wurden ab 1960 zur Verfügung gestellt.



Die wirtschaftliche Situation von Witwen, Witwern und Waisen

18. Juni 2022

Abbildung 1: Anzahl verwitwete Frauen und Männern, nach Alter, 1969-2019



BSV. Die Studie zeigt, dass die schweizerische soziale Sicherheit einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Absicherung der Hinterlassenen mit geringen oder sehr geringen finanziellen Mitteln leistet. Haushalte, deren Mitglieder eine Hinterlassenenrente beziehen und im erwerbsfähigen Alter sind, befinden sich in der gleichen oder sogar in einer leicht besseren Situation als Vergleichshaushalte, die nicht von einer Verwitwung betroffen sind. Allerdings sind bei den Auswirkungen der Verwitwung auf die wirtschaftliche Situation von Witwen einerseits und Witwern andererseits deutliche Unterschiede feststellbar. Ein internationaler Vergleich der Hinterlassenenleistungen rundet die Studie ab.



INTERNATIONAL

Home-Office für Grenzgänger

21. Juni 2022



BSV. Die pandemiebedingte flexible Anwendung der europäischen Zuständigkeitsregeln betreffend die Sozialversicherungen bei Telearbeit von Grenzgängern wird bis am 31. Dezember 2022 verlängert. Damit ändert sich für die

Grenzgänger und ihre Arbeitgeber bei den Sozialversicherungen vorerst nichts. Ab 2023 sollen neue Regeln die Telearbeit besser berücksichtigen, ohne dass die Zuständigkeit im Bereich der sozialen Sicherheit ändert.  [Mitteilung BSV / NZZ](#) /  [Artikel Oberholzer](#)

TERMINE

Tagungen, Versammlungen, Konferenzen

SEPTEMBER

- 7. September 2022, Luzern
Swiss Life Pension Services
Pension Day. www.slps.ch/events
- 28. September 2022, Zürich
Swiss Life Pension Services
Pension Breakfast. www.slps.ch/events

OKTOBER

- 19. / 27. Oktober, Bern
Bernische BVG- und Stiftungsaufsicht (BBSA)
BVG-Seminar, für Fachleute und weitere Interessierte, [Link](#)
- 27. Oktober 2022, Genf
Swiss Life Pension Services
Pension Apéritif. www.slps.ch/manifestations



Aus- und Weiterbildung

JUNI

- 28. Juni, Zürich
PK-Netz
Individualisierung in der 2. Säule. Website

- 29. Juni, Olten
Fachschule für Personalvorsorge
Tagesseminar für Stiftungsräte (Stufe 3), [Website](#)

JULI

- 5. Juli, Olten
ASIP
"Auf den Punkt gebracht!"-Stiftungsratsausbildung, [Anmeldung](#)

AUGUST

- 19./26. August, Olten
Fachschule für Personalvorsorge
Grundausbildung für Stiftungsräte, [Website](#)
- 22.-24. August, Ermatingen
KGP
1. KGP-Seminar 2022. [Infos und Anmeldung](#)
- 24.-26. August, Ermatingen
KGP
2. KGP-Seminar 2022. [Infos und Anmeldung](#)

[weitere Termine](#)

Impressum

Herausgeber: Vorsorgeforum - www.vorsorgeforum.ch

Redaktion: Peter Wirth, [E-Mail](#)

Inserate: Wir informieren Sie gerne über unsere Bedingungen.

Abo: Sie können diesen Newsletter unentgeltlich auf unserer [Website](#) abonnieren. Wenn Sie von der Mailing-List gestrichen werden wollen, so klicken Sie bitte auf den Link in der untersten Zeile dieser Seite.

Mitteilungen an die Redaktion unter info@vorsorgeforum.ch.

Der Newsletter erscheint i.d.R. alle vierzehn Tage.

Das Vorsorgeforum wurde 1989 gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: private und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, Organisationen der Sozialpartner, der Schweizerische Pensionskassenverband, Pensionskassen-Experten, der Schweizerische Versicherungsverband, die Bankiervereinigung, Dienstleistungsunternehmen im Bereich berufliche Vorsorge und engagierte Private.